

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po ([www.eiwiw.eu](http://www.eiwiw.eu))  
[welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de)

[2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung,](#)



## **Presseerklärung**

**4.8.2014**

### **Piketty, Stichproben, Forbes und das FAZ-Vermögens-Paradoxon**

- grob fehlerhafte Darstellung in der FAZ zur Vermögenskonzentration
- eindeutig gilt: reichste Haushaltsgruppe in Deutschland sind die Unternehmer, nicht – wie von der FAZ behauptet – die Pensionäre
- strukturelle Fehlanalysen in FAZ-Wirtschaftsredaktion als Problem

Das Buch Kapitalismus im 21. Jahrhundert von Thomas Piketty hat in den USA und Europa Furore gemacht: Es hat erstmals über 150 Jahre Statistiken für Frankreich, Deutschland, Großbritannien und die USA zur Vermögenskonzentration vorgelegt und dabei auf eine Tendenz zur Vermögenskonzentration hingewiesen, die sich ergibt, wenn der Realzins die Wachstumsrate der Wirtschaft übersteigt. Das Buch von Piketty fand dankenswerterweise eine frühe Buchbesprechung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, deren ehemaliger langjähriger Paris-Korrespondent Braunberger der Studie eine längere, interessante Reflexion widmete. Die seit dem Piketty-Buch neu entstandene Debatte um die Vermögenskonzentration hat aber allerlei merkwürdige Blüten getrieben. Zu den sonderbarsten gehört die grobe Fehldarstellung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Sachen Vermögenskonzentration in Deutschland, wo – oh Wunder der Statistik – plötzlich die Pensionärshaushalte, Fokus also Beamte im Ruhestand, angeblich das höchste Vermögen haben. Das ist jedoch ökonomisch grober Unsinn, wie ein Blick auf bekannte neue Analysen der Europäischen Zentralbank – ein Discussion paper von Vermeulen, der die Forbes-Zahlen (Forbes ist ein US-Wirtschaftsmagazin, das jährlich Zahlen zu den Superreichen der Welt veröffentlicht) abgleicht mit den üblichen nationalen Stichproben-Ergebnissen – verdeutlicht. Laut Vermeulen wird gerade das Einkommen der Top 1% der Vermögensbesitzer deutlich unterschätzt, bei Deutschland geht es um gut 20% und damit ist dann auch wieder klar, dass natürlich bei Unternehmer-Haushalten die höchsten durchschnittlichen Vermögen zu finden sind.

Dass die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wieder einmal ihren Leserinnen und Lesern – dieses Mal am 24. Juli 2014 – unreflektiert ökonomischen Unfug vorsetzt, zeigt wohl einfach nur, dass in einer insgesamt angesehenen Zeitung eine sonderbare Besetzung beim Herausgeber für Wirtschaft höchst fragwürdige Fehlanalysen zu begünstigen scheint. Selbstkritik ist der FAZ-Wirtschaftsredaktion über die Jahre weitgehend abhandengekommen und das ist zum Schaden von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Deutschland. Die FAZ führte auch über Jahre eine Euro-Inflations-Gespensterdebatte.

Piketty beschäftigt sich vor allem mit den Einkommens- und Vermögensanteilen der oberen 1% oder der Top 10% der Bevölkerung, so dass man davon ausgehen kann, dass auf der Einkommenseite dann Kapitaleinkommen dominieren. Insofern ist die von Piketty ausgelöste Diskussion im Wesentlichen eine Debatte über eine steigende Einkommensungleichheit zwischen Kapital und Arbeit in den führenden Industrieländern. Natürlich muss man bei der Interpretation der Zahlen einige Vorsicht anwenden und einige seiner Zahlenwerte sind (etwa in der Financial Times) in Zweifel gezogen worden. Aber das Piketty-Buch ist ein sehr wichtiger Beitrag zum Thema Einkommens- und Vermögensverteilung in industrialisierten Marktwirtschaften, zumal der Autor lange Zeitreihen zusammen getragen hat. Zusammen mit seinen Mitarbeitern hat Piketty eine wohl ziemlich einzigartige Datenbank zu Einkommen

und Vermögen in ausgewählten Ländern aufgebaut. Bei solchen Daten kann man auf die Einkommens- und Steuerstatistik zurückgreifen oder auf Befragungsergebnisse oder auch bestimmte theoretisch-empirische Zusammenhänge.

Die EZB hat selbst via Vermeulen-Arbeitspapier Anfang Juli 2014 auf die Vermögens-Unterschätzungsprobleme bei Umfragen hingewiesen: Die Größenordnung, die sich bei genauerer Betrachtung der Statistiken in Sachen Vermögen der Haushalte ergibt, ist erheblich. Philip Vermeulen, der die bekannten Angaben des Wirtschafts magazins Forbes nutzt, um andere Vermögensschätzungen abzugleichen, findet, dass die häufig genannte Zahl von 33% der Vermögen seien in den USA in den Händen der reichsten 1% der Haushalte zu gering sei. Die EZB-Vermögensumfragewerte für Euro-Länder seien auch zu niedrig bei den Top-1%-Anteilen angesetzt. Statt 26% als Anteil des Vermögens der Top-1% der Haushalte, wie auf Basis von Umfragedaten noch 2013 für Deutschland angegeben, beträgt der Anteil etwa 32%. Bei den Top 1% der Haushalte, also den vermögensmäßig reichsten Haushalten, wird man davon ausgehen können, dass es sich um Vermögen im Kontext unternehmerischer Tätigkeit handelt. Die Umfrageergebnisse sind laut Philip Vermeulen von der Europäischen Zentralbank also etwa 23% niedriger als die tatsächliche Vermögenswerte der Unternehmer; der Unterschätzungsfaktor bei den Unternehmer-Vermögen dürfte noch größer sein, da nicht nur die reichsten 1% der Haushalte für Vermögen von Unternehmern und Unternehmerinnen stehen.

In Sachen Vermögenskonzentration bzw. Anteil des Vermögens der Unternehmer am Gesamtvermögen liegt für Deutschland mit Blick auf Umfragewerte also eine Unterschätzung von etwa 20% bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vor, die etwa 55 000 Haushalte in Deutschland umfasst. Klar ist nach dem EZB-Arbeitspapier von Vermeulen– es wurde darüber auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 16. Juli 2014 im Wirtschaftsteil (S. 17) unter der Überschrift „Die diskreten Milliardäre“ berichtet - dass offizielle stichprobenartigen Befragungsergebnisse zu Ergebnissen bei der Vermögensanalyse führen, die die Vermögenskonzentration deutlich zu klein ansetzen, die Höhe der Vermögenswerte insgesamt zu gering ansetzen und speziell das Unternehmervermögen unterschätzen. Inwieweit eine ungleiche Vermögensverteilung in der Sozialen Marktwirtschaft als Problem anzusehen ist, kann hier nicht diskutiert werden. Offensichtlich ist für jedermann, dass eine zutreffende Vermögensstatistik für Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik wesentlich ist: Und die Berichterstattung in den Medien auch.

Geht man noch davon aus, dass steuerbedingte Einkommens- und Vermögenshinterziehung gerade bei einem Teil der Unternehmer bzw. Selbständigen eine wichtige Rolle spielt bzw. setzt man die Unterschätzung der Vermögenswerte bei den Selbständigen mit 30% an – also 10% für Hinterziehungseffekte ansetzend –, dann ist das höchste Haushaltsvermögen nicht bei den Pensionären mit 298 700 Euro, gefolgt von den Selbständigen mit 257 500 Euro (FAZ-Darstellung), sondern es sind die Selbständigen mit einem Haushaltsvermögen von 334 750 Euro in 2013. Auch wenn man die Zahlen aus der Stichprobe bei den Selbständigen nur mit 20% höher als Ist-Wert ansetzt als die Stichproben-Werte bzw. keinerlei Hinterziehung berücksichtigen will, so ist das Vermögen der Selbständigen mit 309 000 höher als das der in Stichprobe sicher gut repräsentierten Pensionäre.

Das alles hinderte nun die Frankfurter Allgemeine Zeitung aber nicht daran, am 24. Juli 2014 in ihrem Wirtschaftsteil in einem groß aufgemachten Beitrag naiv neue Zahlen aus der neuen deutschen Einkommens- und Vermögensstichprobe zu verwenden, wonach angeblich das Vermögen bei Pensionären – also Beamten im Ruhestand - höher als bei Unternehmerhaushalten sei. Man beachte: Dazu zeigte man auf S. 15 oberhalb des Berichtes mit der Schlagzeile „Pensionäre sind die Reichsten in Deutschland“ ein älteres Paar am Strand beim sonnigen Spaziergang mit der Bildunterschrift: „Von wegen Altersarmut: Pensionäre in Deutschland“; das ist natürlich Unfug. Eine Korrektur dieser fehlerhaften FAZ-Darstellung ist dringlich.